

Ralf Schuler

Lasst uns Populisten sein

Zehn Thesen für eine neue Streitkultur

HERDER 

FREIBURG · BASEL · WIEN



MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C083411

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2019
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Satz: Daniel Förster, Belgern
Herstellung: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

ISBN Print: 978-3-451-38358-8
ISBN E-Book: 978-3-451-81526-3

Inhalt

Einleitung: Lasst uns Populisten sein	7
Vergesst die Populisten: Populismus gibt es eigentlich gar nicht	23
Der Populismus der Kanzlerin: Falsche Kompromisse vergiften die Politik	47
Nicht wenige, sondern viele: Populismus gehört in die Mitte, nicht an die Ränder	73
Zurück zu den Wurzeln: Das christliche Kreuz gehört in der Politik dazu	97
Bunt, bunt, bunt ist alle Theorie: Vielfalt und Diversität sind kein Selbstzweck	127
Voll auf die Presse: Medien müssen immer dagegen denken	159
Augen geradeaus: Die Vergangenheit taugt nicht zum Schlachtfeld von heute	185
Alles, was rechts ist: Rechts ist keine Krankheit ..	197
Kein Streit ist auch keine Lösung: Politiker müssen wieder ja, ja und nein, nein sagen	217
Epilog: Populismus holt die Realität in die Politik zurück	227

Einleitung: Lasst uns Populisten sein

»Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des *Populismus*. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet«. Vom Papst bis zu deutschen Polizisten. »Wo ist die Oppositionspartei, die nicht von ihren regierenden Gegnern als *populistisch* verschrien worden wäre?« Daraus geht hervor: »Der *Populismus* wird bereits von allen europäischen Mächten als Macht anerkannt.«

Geschichte wiederholt sich nicht. Auch jegliches Manifest hat seine Zeit. Doch es gehört zu den kleinen Scherzen der Historie, dass man nur den -ismus in Marxens Manifest austauschen muss (*kursiv gesetzt*), um knapp 200 Jahre danach ein Déjà-vu zu erleben. Denn in Wahrheit war Marxens Kommunismus der (wissenschaftlich verbrämte) Populismus des heraufziehenden Industriezeitalters für die malochenden Massen, wurde bekämpft (wie alle nachfolgenden Populismen) von der jeweils etablierten Konkurrenz und hat erst heute aus sicherer historischer Distanz für einige Linke eine sonnig-romantische Patina erhalten. Den Millionen seiner Opfer zum Hohn und Trotz.

Tatsächlich haben Bewegungen, die unter das politische Schlagwort »Populismus« oder »Rechtspopulismus« fallen, derzeit fast überall in Europa Konjunktur. Von der Rassemblement National (ehemals Front National) in Frankreich über Geert Wilders Freiheitspartei in Holland, die Schweizerische Volkspartei, UKIP in Großbritannien, die italienische Lega oder die FPÖ in Österreich und die AfD in Deutschland. Nach gängiger Lesart fallen auch die Regierungspar-

teien in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn unter das Rubrum Rechtspopulismus, und der Wahlsieg von Donald Trump in den USA lässt sich ebenfalls in dieses politische Phänomen einordnen. Es ist längst kein Gespenst mehr, das hier umgeht, sondern harte politische Realität.

Was zahlreiche linke Strömungen betreiben, ist zwar ebenfalls meist blanker Populismus, wird aber nicht in annähernd ähnlichem Maße gezeißelt. Für Linke sind die immer gleichen Patentrezepte zur Auflösung aller (Klassen-)Widersprüche und zur finalen Verbesserung der Welt noch immer aktuell: Verstaatlichung, Enteignung, Umverteilung, Zerschlagung bürgerlich-kapitalistischer Strukturen. Beste Beispiele sind die Syriza-Bewegung von Griechenlands Premier Alexis Tsipras, die im Zuge der Schuldenkrise seines Landes so ziemlich alles versprach, was die Menschen hören wollten und 2015 sogar eine Volksabstimmung gegen neue Sparauflagen gewann, an das sich die Regierung dann allerdings nicht hielt. Auch die spanische Podemos organisierte mit linkspopulistischen Parolen gegen die »elitäre Kaste« und für die Rückübertragung der Macht an das Volk beachtliche Aufmärsche. Aber das trieb Europa nicht wirklich um und wird als normal hingenommen. Links eben.

Wer einen Blick auf die Zeiten zwischen Marxens und dem aktuellen Populismus wirft, in denen die Ideen des Trierers mithilfe mehr oder weniger blutiger Mittelsmänner in verschiedenster Weise die Massen ergriffen und die Welt durchaus veränderten, der kann daraus nur den Schluss ziehen: Populismen sind kein ärgerlicher Irrweg der Moderne, sondern eine Art politische Antimaterie, die sich vor Epochenbrüchen zu einem schwarzen (oder andersfarbigen) Loch verdichtet, verlässlich und beständig Geglauhtes absorbiert und allein dadurch sichtbar wird, dass die Umgebung die Kontur dieser Gegenwelt nachzeichnet. Der Politologe Daniel Dettling bescheinigte dem europäischen Rechtspopulismus sogar die Funktion eines heilsamen Korrektivs und Ansporns für die konkurrierenden politischen Kräfte (SZ, 23. Januar 2019). Höchste Zeit, hinzusehen. Höchste Zeit, den Kern zu erforschen. Höchste Zeit, nach Reaktionen zu suchen, die im bes-

ten demokratischen Sinne inklusiv sind. »Rechte raus!« zu rufen, reicht nicht. Sie bleiben drin und dürfen sogar wählen.

Ausgrenzung genügt nicht

Die Schlussfolgerung aus dem Auftreten von Populismus kann nur darin bestehen, nach Wurzeln, Wirken und Ursachen zu fragen, ihn ernst zu nehmen. Es ist schon einigermaßen verräterisch und alarmierend zugleich, wenn in freien, demokratischen Gesellschaften gestandene Politiker eine populäre Bewegung geradezu verachten und dies ausgerechnet mit dem Begriff »Populismus« zum Ausdruck bringen. Das Volk (lat. *populus*) läuft den Falschen nach, soll das heißen, den »Rattenfängern«. Eine unschöne Metapher, die Bürgern vermeintlich falscher Gesinnung die Rolle als Schadnager zuweist. Das Volk liegt falsch, soll das wohl heißen. Und im Kern: Das Volk stört beim Regieren. Doch so soll es auch sein! In funktionierenden Demokratien zumindest. Das Volk kann, darf und muss sogar stören, wenn die Vorstellungen der politischen Akteure sich allzu weit von denen der Menschen entfernt haben und die daraus entstehenden Brüche das Gemeinwesen als Ganzes gefährden. Das ist für Politiker schmerzlich, die ja in der Regel klare Vorstellungen davon haben, worauf die Dinge hinauslaufen sollen, und sich nur ungern bei der Arbeit am politischen Gesamtkunstwerk bremsen oder gar korrigieren lassen. Selbst in freiheitlichen Gesellschaften ist das Denken in politischen Missionen, wie sie der reale Sozialismus einst auf die Spitze trieb, nicht ganz ausgestorben. Während im Sozialismus ganz offen erklärt wurde, dass auf dem Weg zur Vollendung gewisse Härten und Opfer in Kauf zu nehmen seien (Was zählen schon Leben oder Generationen!?), muss man in Demokratien trickreicher zu Werke gehen, um etwa das geeinte Europa zu erreichen, dem breite Bevölkerungsschichten bestenfalls so lange desinteressiert gegenüberstehen, solange Vereinheitlichungen nicht im Alltag stören. Wer in solchen Dingen oder eben auch im Umgang

mit Populismus dazu rät, Stimmungen nicht zu ignorieren, sondern ernst zu nehmen, wird leicht als Ignorant und Störenfried gebrandmarkt, obgleich oft nur ein anderer Weg zum meist unstrittig löblichen Ziel empfohlen wird.

Volker Kauder (CDU), der langjährige Unionsfraktionschef im Deutschen Bundestag, hat in den vergangenen Jahren immer wieder mit einer Mischung aus Trotz und Stolz darauf hingewiesen, dass er sich nicht mit Politikern der Alternative für Deutschland (AfD) auf Podien oder in eine Talkshow setze. Nun sitzt er mit der AfD als drittstärkster Kraft im Deutschen Bundestag. Ein Sportler, der sich weigerte, gegen ein hoffnungsvolles, wenn auch unsympathisches Nachwuchstalent anzutreten, würde zu Recht früher oder später aus dem Wettbewerb ausscheiden. In der Politik gelten Wettbewerbsverweigerung und Ausgrenzung als »Haltung« und löblich und werden gleichwohl zum Sprengsatz der politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Um es klar zu sagen: Die Option, politische Strömungen ab einer bestimmten Stärke zu ignorieren, gibt es nicht.

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Ich rede nicht Hass, Rassismus oder gar Gewaltverherrlichung das Wort. Im Gegenteil: Die Rückgewinnung sich radikalisierender Ränder für den politischen Diskurs muss das dringliche Ziel aller sein, professionelle Politiker ausdrücklich eingeschlossen. Populismus, vor allem aber der Umgang mit ihm, hat nicht nur die deutsche Gesellschaft tief gespalten. Auch die moralisch aufgeladenen Kämpfer »gegen Rechts« bemerken ihre eigene Verrohung immer weniger. Wenn schon der Verweis darauf, eine Anmerkung, Meinung oder These könne auch von der AfD stammen oder klinge nach ihr, als Argumentersatz vielfach akzeptiert durchgeht, liegt nicht nur bei der Debattenkultur einiges im Argen. Schlimmer noch: Mitunter macht sich sogar eine Philosophie menschlicher Unberührbarkeit breit. Wenn man mich beim Bundespresseball verschwörerisch-raunend fragt, ob ich etwa gar nicht wüsste, mit wem ich da eben gesprochen hätte (es war der Chefredakteur der *Jungen Freiheit*, Dieter Stein), dann gerät etwas aus dem Lot. Wo Kontakt- und Sprechverbote in den Alltag einziehen, wo es schädlich sein könnte,

mit bestimmten Personen gesehen zu werden, kehren wir an finsterste Punkte unserer eigenen, deutschen Geschichte zurück.

Ich habe gute zehn Jahre lang mit dem heutigen AfD-Chef Alexander Gauland bei der »Märkischen Allgemeinen« zusammengearbeitet. Er war mein Herausgeber, ich Politikchef, und ich habe ihn dort als außerordentlich weiten, konservativen Geist kennen und schätzen gelernt. Er war schon immer gegen Auslandseinsätze jeglicher Art, auch gegen den Kosovokrieg, was in der märkischen Leserschaft mit starker Linkspartei-Sympathie durchaus populär gewesen wäre. Da ich einige Jahre Balkan-Berichterstatter war und die Serbisierung des Kosovo aus der Nähe kannte, war ich im Gegensatz zu Gauland für die Beteiligung der Deutschen am Kosovo-Einsatz. Er ließ mich machen, schrieb allenfalls kritische Kommentare. Ich muss und werde deshalb seine AfD-Politik nicht verteidigen. Aber ich werde auch nicht die Straßenseite wechseln, wenn ich ihn treffe. Dass Gastwirte von ihrem Hausrecht Gebrauch machen und Gauland nebst Lebensgefährtin des Lokals verweisen, ist zwar rechtens, bleibt aber ein erschreckendes Zeichen gesellschaftlicher Spaltung. Was soll die Botschaft solcher Akte sein? Aushungern nicht akzeptierter Meinungen? An meinem Tische sitzen solche wie du nicht? Wir drängen dich in finstere gesellschaftliche Ecken, bis du unserer Meinung bist? Eher erreicht man das Gegenteil. Was spräche dagegen, wenn der Wirt an den Tisch träte und sagt: »Ich teile Ihre politischen Ansichten ausdrücklich nicht. Was möchten Sie essen?« Als im Frühjahr 2017 die Privatautos mehrerer AfD-Politiker brannten, wurde dies erst öffentlich registriert, als Unbekannte auch den Wagen der SPD-Bundestagsabgeordneten Michelle Müntefering anzündeten. Was ist da los? Was verschiebt sich da? Es kann nicht sein, dass die Auseinandersetzung mit dem Populismus, oder vielmehr die Verweigerung derselben, dazu führt, dass mit Entzug der Menschenwürde nach Artikel 1 GG bestraft wird, wer unter den diffusen Verdacht gerät, irgendwie rechts, rechtspopulistisch oder AfD zu sein. Der bewusste Verzicht auf Trennschärfe zwischen indiskutablen Entgleisungen einzelner Mitglieder und dem programmatischen Bestand einer Bewegung ist nach meiner Beobachtung ein

Spezifikum des linken Kampfes »gegen Rechts«, das sich bei der Auseinandersetzung mit linken Subkulturen kaum feststellen lässt. Hier wird zu Recht zwischen gewaltbereiten Randalierern und unschädlichen Milieus unterschieden, wie man etwa an der Duldung der »Roten Flora« in Hamburg sehen kann. Das Versagen des »humanen Kompasses«, wie Ralph Giordano es einmal genannt hat, darf sich auf keiner Seite des politischen Spektrums wiederholen.

Das Volk hat mehr Stimme bekommen

Die Dringlichkeit einer intensiveren Auseinandersetzung mit dem Populismus ergibt sich aber auch aus einem anderen Umstand: Der öffentliche Raum, in dem wir in den westlichen Demokratien die Belange unseres Gemeinwesens aus- und verhandeln, ist nicht mehr der gleiche wie noch vor zehn oder fünfzehn Jahren. Die umfassende Digitalisierung aller Gesellschaftsbereiche hat gerade populistischen Bewegungen, die früher kontrolliert vom Zugang zu öffentlicher Wirksamkeit ferngehalten werden konnten, im Internet völlig neue Möglichkeiten und Reichweiten eröffnet.

»Das Volk hat mehr Stimme bekommen«, stöhnte der Kabarettist Dieter Nuhr vor einiger Zeit in der Talk-Sendung »Markus Lanz« mit Blick auf AfD, Populismus und Debattenkultur. Er hatte dabei einen eher resignierenden Unterton, was vermutlich nicht mit verhärteter Volksverachtung zu tun hat, sondern mit der Beobachtung, dass Dumpfes, »der Stammtisch«, sich heute vernehmbar zu Wort meldet, politisch wirksam wird und polit-mediale Eliten die teilweise Rückabwicklung bereits getätigter Emanzipationsgewinne, sicher geglaubter kosmopolitischer und gesellschaftspolitischer Etappenziele befürchten lässt. Zu Recht. Denn die Befürchtungen sind real. Bei populistischen Schockerlebnissen der zurückliegenden Zeit – Brexit, Trump-Wahl, Erfolge des Front National oder der AfD – war eine Spaltung zwischen Stadt und Land, Bildungseliten und einfachen Abschlüssen, gelegentlich auch zwischen Jung und Alt zu beobachten. Geht man

dabei in die Tiefe, so wird deutlich, dass die Übereinkünfte vor allem der Metropolen-, Politik- und Wirtschaftseliten mindestens vom unteren Drittel der sozialen Pyramide oft nicht mitgetragen werden: Globalisiertes Wirtschaften mit seinen disruptiven Effekten vor der eigenen Haustür, während sich die Segnungen des Fortschritts für andere auszahlen, Migrationsströme, die vor allem in Europa als Bedrohung der eigenen Identität wahrgenommen werden oder Schleifung der Geschlechterbeziehungen mit teilweise bizzaren Auswüchsen, obwohl die übergroße Mehrheit der Menschen dies weder lebt noch als sinnvoll oder dringlich empfindet. All das betrifft Wohlhabende, Intellektuelle und Städter anders und weniger, als einfache Beschäftigte, die froh sind, am Monatsende mit einer schwarzen Null auf dem Girokonto abzuschließen, Fleisch essen, Auto fahren und in heterosexuellen Beziehungen leben.

Dass diese Kluft jetzt so vernehmbar ist und politisch im Umfeld von populistischen Bewegungen aktiv wird, hängt mit einem Umstand zusammen, den die etablierte Politik noch immer nicht vollends begriffen hat: Digitalisierung wird gern im Munde geführt, wenn es um künstliche Intelligenz, schnelles Internet, Blockchain, Computervisierung und Robotisierung von Industrie und Alltag geht. Dass die Digitalisierung vor allem ein massiver Umbruch im gesellschaftspolitischen und partizipatorischen Raum bedeutet, wird inzwischen mehr und mehr geahnt als verstanden. Die Reaktionen darauf kann man allenfalls hilflos nennen.

Die Unionsfraktion im Bundestag zum Beispiel hat den Ausstoß von Pressemitteilungen in letzter Zeit signifikant erhöht. Ein schöner Erfolg, wenn man die E-Mail für die Spitze digitaler Innovation im Jahre 2019 hält. Da Medien diese Art von Informationen so gut wie gar nicht aufgreifen, besteht der einzige Effekt – ironisch gesagt – darin: Die Redaktionen haben jetzt mehr zu löschen, und die Bürger bleiben von Selbstlob und technokratischen Verlautbarungen unbehelligt. Ein hilfloser Versuch, eigene Inhalte zu kommunizieren. Tatsächlich hat die Digitalisierung mit dem Siegeszug des Smartphones, schnellen Netzen und immer besserer Netzabdeckung den öffentli-

chen demokratischen Diskurs, der ehemals im exklusiv für traditionelle Medien reservierten Raum geführt wurde, bis in kleinste Einheiten »zivilisiert« (lat. *civis*: römischer Volksangehöriger, Städter, Bürger) und privatisiert. Jeder Einzelne kann heute Nachrichten generieren, verbreiten, bewerten und Gleichgesinnte sammeln. Milieus mit eigener Wahrnehmung, eigenen Wahrheiten, Feindbildern und natürlich eigenen Protagonisten finden sich unkompliziert über jegliche Distanz zusammen. Jeder, den etwas umtreibt, kann heute Blogs schreiben, auf Twitter, Facebook, Instagram & Co. seine Sicht verbreiten und damit klassische Medien wie Politik in Zugzwang bringen. Die Deutungshoheit über die aktuellen Dinge haben die klassischen Medien längst nicht mehr oder mussten sie zumindest teilen. Während etwa die AfD und ihr sympathisierendes Umfeld nahezu rund um die Uhr im Netz aktiv ist, haben die Parteien noch keine wirklich effektive Antwort auf Meinungscluster im Internet gefunden. Einige zahme Twitter- und Facebook-Accounts von Parteien und Politikern streuen heute zwar schon Verlautbarungen in die virtuelle Welt, wirklich in Interaktion treten kann man mit ihnen nicht. Zu oft noch möchte der Verantwortliche im Sinne des Presserechts noch jeden Tweet und jeden Kommentar gern abzeichnen und mit der Parteilinie vergleichen. Darauf wartet kein Nutzer mit politischem Überdruck, und er wird sich auch von aseptischen Verlautbarungsplattformen rasch abwenden.

Angela Merkels 70-Jahre-Theorie

Doch worin liegen die Ursachen von Populismen, die in den meisten Fällen als migrationskritische bis -feindliche Bewegungen auftreten, der Europäischen Union (EU) ablehnend gegenüberstehen, den Nationalstaat als Bezugsrahmen hervorheben, häufig aber auch schon ein breiteres gesellschaftspolitisches Sammelsurium kontroverser Themen auf ihre programmatischen Fahnen geschrieben haben?

Kanzlerin Angela Merkel hat dafür eine ganz eigene Erklärung. Sie hat vor einiger Zeit »Die Schlafwandler – Wie Europa in den ersten

Weltkrieg zog« von Christopher Clark gelesen und seitdem bei verschiedenen Gelegenheiten darauf hingewiesen, dass es in der Weltgeschichte etwa alle 70 Jahre zu Brüchen, Verwerfungen oder gar tiefgreifenden Katastrophen komme. Nun mag man über das Aufdecken geheimer historischer Zyklen denken, was man will, es hätte aber immerhin eine gewisse innere Logik, dass 70 Jahre mehr oder weniger die Spanne einer Generation umfassen. Mithin stirbt in der Lesart Merkels alle 70 Jahre eine fundamentale gesellschaftliche Erfahrung faktisch aus und macht den Weg frei für eine gefährliche Sorglosigkeit, die regelmäßig ins Elend, zumindest aber zu Chaos führt.

Besonders deutlich hat sie diese Sicht auf dem Katholikentag in Münster am 11. Mai 2018 erklärt: »Dies ist auch deshalb eine so heikle Zeit, weil diejenigen, die die Schrecken des Zweiten Weltkriegs noch erlebt haben, nicht mehr unter uns sind oder bald nicht mehr unter uns sein werden. Ich habe mich auch einmal mit dem Augsburger Religionsfrieden befasst. Er wurde 1555 geschlossen. Und dann dauerte es auch nur ungefähr ein Lebensalter, bis 1618 lauter neue Akteure am Werk waren, die gedacht haben: Hier kann ich noch eine kleine Forderung mehr stellen, und da kann ich noch ein bisschen härter herangehen. Und schwupp – schon war die ganze Ordnung im Eimer und der Dreißigjährige Krieg brach aus. Die Lehre daraus ist, dass in der Zeit, in der wir jetzt leben, wir unsere Schritte gut überlegen, dass wir besonnen agieren, dass wir in der Sprache klar sind. Meine Antwort heißt: weiterhin ein Bekenntnis zum Multilateralismus.«

Es ist kein neues Phänomen, dass langjährige Regenten in ihren Spät- oder Endphasen in großen geopolitischen oder historischen Bögen zu denken beginnen, in denen sie selbst mehr oder minder deutlich eine zentrale Rolle als Fixpunkt eines verblassenden Koordinatensystems spielen oder zumindest einen Erfahrungsschatz verkörpern, von dem man ahnt, dass er nicht so leicht ersetzbar sein wird. Auch mag es ein beziehungsreicher Zufall sein, dass das Buch des australischen Historikers Christopher Clark »Die Schlafwandler« heißt und die wohl wichtigste Analyse der Ereignisse rund um die Migrationskrise in Deutschland 2015/2016 von Robin Alexander »Die Getriebenen«

betitelt ist. Beides weist auf politische Akteure hin, die nicht souverän handeln, sondern von Ereignissen und den ihnen vermeintlich innewohnenden zwingenden Automatismen auf eine Art geschichtliche Rutschbahn geschickt werden. Es gehört zu Treppenwitzen der jüngeren Politikgeschichte, dass Angela Merkel immer wieder ausdrücklich vor solchen unentrinnbaren Eigendynamiken gewarnt, das Abwarten und Befolgen richtungsweisender Konstellationen aber von Anfang an zu ihrem prägenden Politikstil gemacht hat.

Auf der Suche nach den Ursachen für erstarkenden Populismus ist die 70-Jahre-These der Kanzlerin ein interessanter Hinweis, auch wenn man meiner Ansicht nach eine völlig andere Schlussfolgerung daraus ziehen muss: Die überkommenen Regeln tragen für eine neue Generation nach dieser Zeit nicht mehr oder müssen zumindest mit anderen Mitteln gepflegt und erhalten werden. Die Weltgeschichte kriecht nicht rückwärts, legt aber ihren zu eng gewordenen Krebspanzer zugunsten einer neuen, passenden, von nun an tragenden Außenhaut ab. Zum gesellschaftlichen Innendruck, der diese politische Häutung anzeigt, gehören disruptive Strömungen wie die populistischen Bewegungen unserer Tage. Wer nationale oder internationale Zerreißproben vermeiden will, muss auf sie reagieren, statt sie nur zu bekämpfen.

Ein schonungslos realistischer Blick ist dabei unerlässlich. War etwa die Ausdehnung der Gruppe der Großen Sieben Industrienationen (G7) mit der Hinzunahme Russlands zur G8 schon ein unsinniger, mechanistischer Akt, so haben sich inzwischen auch die Treffen der restlichen G7 zu nahezu sinnfreien Regenten-Ausflügen entwickelt, deren größte Gemeinsamkeit meist im sogenannten Familienfoto besteht. Entweder man überhebt sich mit Jahrhundertplanungen wie der »Dekarbonisierung« der Welt bis zum Jahr 2100 oder man kann sich nicht im Kleinteiligen nicht einmal über die Bekämpfung von Plastikmüll verständigen, wobei nicht nur der gern genutzte Sündenbock Donald Trump blockierte, sondern auch Meeresanrainer Japan. Wer also den G7-Prozess erhalten will, sollte nicht an der starren Hülle kleben und auf ebenso windelweiche wie sinnfreie Abschlusspa-

piere setzen, sondern weltweite Interessenallianzen neu denken und gegebenenfalls neu schmieden.

Das geeinte Europa lässt sich nicht erzwingen

Analog verhält es sich mit der Europäischen Union, die sich in Popularität, Sinn und Zweck nur erhalten lässt, wenn man nicht starr an alten Glaubenssätzen einer immer engeren, immer intensiveren Verflechtung festhält, die derzeit im Grunde niemand wirklich will oder nur zu jeweils eigenem Vorteil. Anders als etwa beim dogmatischen Ansatz des »historischen Materialismus«, der eine vermeintlich vorwärts verlaufende Zwangsläufigkeit wissenschaftlich zu begründen suchte, besteht der Vorteil freiheitlicher Gesellschaftsmodelle und Verbände gerade darin, nicht an lineare Missionen und Prozesse gebunden zu sein, sondern natürliche Evolution auf die gewünschten Ziele gewissermaßen zulaufen zu lassen. Mit anderen Worten: Wer den Gedanken der europäischen Einigung erhalten will, muss sich auch von engerer Verschmelzung oder Erweiterung der EU so lange lösen, bis diese sich im schrittweisen Fortgang der Dinge ergeben haben. Bislang ging man gern genau andersherum vor, schuf erst gemeinsame Institutionen und setzte darauf, dass Emotionalität, Plausibilität und Rationalität sich den Europäern dann schon nachträglich erschlossen und sie in die »richtige« Richtung drängten bzw. mitnahmen. Beim Euro wäre das fast schiefgegangen, und auch bei der permanenten Erweiterung der EU hat sich die erhoffte Logik in der Praxis häufig nicht bewahrheitet, dass man Beitrittskandidaten zuerst mit der Aufnahme belohnt und diese dann die nötigen Reformen aus nachholender Dankbarkeit zu Ende führen. Das Gegenteil war meist der Fall. Die Reformbemühungen wurden nach dem Beitritt eingestellt. So hat Kroatien die zugesagte Reform seiner Judikative nach dem Beitritt sträflich schleifen lassen, und der versprochene Kampf gegen die Korruption entfiel im Falle Rumäniens so nachhaltig, dass die EU-Ratspräsidentschaft Bukarests im Jahr 2019

im Vergleich zum Londoner Brexit-Gewürge eigentlich der größere Skandal ist.

Kurz: Das Zusammenwachsen des alten Kontinents braucht Zeit, keine Hast, und fröhliches Nebeneinanderleben trägt mitunter mehr zum Gemeinschaftsgefühl bei als ein gemeinsamer Finanzminister oder eine gemeinsame europäische Sozialversicherung. Und dass in einer freiheitlich verfassten Gemeinschaft auch Rückschritte möglich sind, ist ein Fortschritt. Der Brexit ist keine Katastrophe, sondern ein Lebenszeichen der EU. Wir stehen auch hier an einer Schwelle, wo der europäische Geist nicht mit den alten Strukturen und Blaupausen erhalten werden kann, sondern mit neuen Wegen. Andernfalls werden populistische Strömungen die erstarrten Krusten zerschlagen und im schlimmsten Fall den guten Kern des Projekts gleich mit.

Migration ist ein Katalysator für diese Art der Zersetzung. Die deutsche Asylkrise im späten Frühjahr 2018 hat das mehr als eindringlich vor Augen geführt: Während der deutsche Innenminister Horst Seehofer (CSU) einen kleinen, symbolisch ausgewählten Personenkreis von Migranten (jene, die bereits in anderen EU-Staaten registriert sind) an den Grenzen abweisen wollte, um Handlungsfähigkeit und Begrenzung von Migration zu demonstrieren, versuchte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zuvörderst, die europäischen Regelwerke zu erhalten. Und bewirkte das Gegenteil. Denn an den Grenzen hätte sich durch Seehofers Vorgehen im Grunde spürbar nichts verändert, während die Signalwirkung an die eigene Bevölkerung im besten Falle zur Beruhigung der Stimmungslage beigetragen hätte. Merkel jedoch bestand darauf, innereuropäische Absprachen mit allen möglichen Rücknahmeländern der Abgewiesenen zu treffen. Sie organisierte einen Sondergipfel in Brüssel, der nicht so heißen durfte und außer losen Gesprächszusagen nichts brachte, setzte am Ende ihre Vorstellung innereuropäischer Übereinkünfte durch und verfestigte gleichzeitig gerade bei der migrationskritischen, populismusgeneigten Klientel im eigenen Land die Ahnung, dass diese EU mit Schengen- und Dublin-System nicht willens und in der Lage sei, effektiv gegen illegale Zuwanderung auch nur Zeichen zu setzen. Alle

unregistrierten Migranten wären schließlich ohnehin weiter aufgenommen worden, die registrierten nun also zunächst auch weiter. »Das Migrationsthema ist zum Inbegriff staatlicher Ohnmacht geworden«, bilanzierte Allensbach-Chefin Renate Köcher trocken in der *FAZ* (18. Juli 2018). Nur 9 Prozent der Deutschen sind demnach überzeugt, dass die Bundesregierung die Herausforderungen der Migration in den Griff bekommen könne, knapp die Hälfte der Bürger hat in dieser Hinsicht begrenztes Vertrauen, 33 Prozent keinerlei. Dass in der Folgezeit die Umfragewerte der AfD in die Höhe gingen, sogar die SPD überholten, konnte da schon niemanden mehr wirklich überraschen.

Womit wir bei einem weiteren, gern wiederholten aber nur selten beherzigten Kernsatz wären: Wer die freiheitlichen und demokratischen Ziele im Auge behalten will, muss die Probleme lösen, die populistische Bewegungen artikulieren. Wer Migration und Grenzen nicht kontrollieren kann, wird die offenen Grenzen verlieren. Merkels 70-Jahre-Umbruch-Theorie wird sich erfüllen, wenn die politischen Akteure auf die alten Postulate und Institutionen setzen, und sie lässt sich widerlegen, wenn die treibenden Themen hinter den populistischen Strömungen aufgegriffen und bearbeitet werden.

Die alte Welt verabschiedet sich

Das gilt national wie international. Wer, wie die Kanzlerin und die meisten europäischen Regierungen, den Multilateralismus erhalten will, muss sich zunächst die Frage stellen, ob er überhaupt erhaltbar ist. Die besten internationalen Übereinkünfte bei Handel, Völkerrecht oder militärischen Verbänden nützen nichts, wenn die Zahl der Soloakteure immer größer wird. Wo USA, China, Türkei, Russland und andere sich nicht mehr in gemeinsame Verbindlichkeiten einordnen, tut man gut daran, nach neuen Ordnungsprinzipien zu suchen, die zu den Erwartungen der Menschen passen. Geschichte und Politik kennen keine Einbahnstraßen, und wenn, nur als Sackgassen.

Eine Ahnung von Zeitenwende mischt sich immer wieder ins öffentliche Unterbewusstsein, ohne dass klar wäre, wohin die Reise geht, noch wie darauf zu reagieren wäre. »Einem marodierenden Söldnertrupp gleich zieht Donald Trump mit einer Entourage durch Europa, zerstört Gewissheiten und Institutionen, verbrennt Freundschaften und eine 70 Jahre alte Ordnung. Zeiten des Umbruchs sind das, Zeiten der Ungewissheit und der Sorge, weil sich in atemberaubender Schnelligkeit eine alte Welt verabschiedet, ohne dass die neue zu erkennen wäre«, schreibt Stefan Kornelius in der *SZ* (14. Juli 2018). In dem Willen, das Alte, Bekannte, Vertraute zu halten, greift man auf einen alten Mechanismus zurück, der noch aus der Endphase des realen Sozialismus in Erinnerung ist und schon damals versagte: Man verwechselt die organisatorischen, administrativen Hüllen und Erscheinungsformen von Parteienstaat, EU, NATO, Welthandelsregime etc. mit deren bewahrenswertem Inhalt. So, wie damals die realsozialistischen Staaten sich selbst mit der vermeintlich unantastbaren sozialistischen Idee gleichsetzten und sich damit unantastbar wähnten, werden Parteiendemokratie, Europäische Union, NATO etc. ihr Schicksal besiegeln, wenn sie die bekannten Erscheinungsformen mit den jeweiligen Ideen verwechseln.

Die in ihrer Dimension von Kanzlerin Angela Merkel völlig unterschätzte Migrationskrise, die 2015 ihren Ausgang nahm, hat sich zu einer veritablen Vertrauenskrise der Demokratie westeuropäischen Zuschnitts entwickelt. Digitalisierung und Vernetzung katalysieren diese Erosionsprozesse und setzen die Eckpunkte der Gesellschaft neu. Es sind viele kleine Zeichen im politischen Alltag, die sich mehr und mehr zu einem großen Menetekel zusammensetzen: Leere Formelkompromisse auf höchster politischer Ebene, gesellschaftliche Lebenslügen vom angeblich postnationalen Zeitalter bis zum Gender Mainstreaming, Spaltungsprozesse in der Parteienlandschaft bis hin zu einer Sprache, die im Sinne idealistischer Weltverbesserung immer penetranter kuratiert werden soll. Der Populismus ist nur ein Symptom dieses Umbruchs, wenn auch das Offensichtlichste. »Noch ist Deutschland in einem Zwischenreich, das Alte ist

nicht vergangen und das neue noch nicht da«, schreibt René Pfister (*Der Spiegel*, Nr. 30/2018).

Zeit für eine Bestandsaufnahme. Zeit, das Zwischenreich zu verlassen. Zeit für die Volksvertreter, das Volk zu vertreten und sich den Populismus zurückzuholen. Oder um es mit einem abgewandelten Zitat von Franz Josef Strauß zu sagen: Rechts und links von bürgerlicher Politik darf es keinen demokratisch legitimierten Populismus geben. Lasst uns Populisten sein.

